

OV 14.12.11 S4

Ab Januar droht Import illegaler Eier

13 EU-Staaten ignorieren Verbot von Batterie-Haltung / Mayer: Druck auf Kommission

Batteriekäfige für Legehennen – in der gesamten EU sind sie ab 2012 verboten. Doch viele Mitgliedsländer beachten das nicht. Tierschutz und Wettbewerb sind in Gefahr.

Von Giorgio Tzimurtas

Oldenburger Münsterland/ Straßburg – In wenigen Tagen droht der Import illegaler Eier aus dem EU-Ausland. Diese Sorge ist jedenfalls weit verbreitet – vor allem in Niedersachsen, einem Zentrum der Geflügelwirtschaft in Deutschland. Branchenvertreter sowie Politiker befürchten massive Wettbewerbsnachteile – und sie beklagen, dass der europäische Tierschutz auf der Strecke bleibe. Der Grund: Vom 1. Januar 2012 an gilt in der EU die Richtlinie 1999/74/EG, die eine Haltung von Legehennen in Batteriekäfigen verbietet. Doch: 13 von 27 EU-Mitgliedsländern haben dies schlichtweg noch nicht umgesetzt – und werden es in den nächsten zwei Wochen auch nicht schaffen.

Die Eier und Ei-Produkte aus diesen Staaten könnten zu günstigeren Preisen angeboten werden als die heimische Ware – sofern sie hierzulande auf den Markt gelangen. Der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) nennt die Liste der Länder, in denen das Batterieverbot ignoriert wird. „Hierzu gehören Italien, Ungarn, Griechenland, Polen, Belgien, Frankreich, Irland, Portugal, Zypern, Bulgarien, Litauen und Rumänien“, zählt Mayer auf. Er ergänzt: Aus Spanien gebe es noch keine Daten. Auch Niedersachsens Agrarminister Gert



In Volieren werden in Deutschland Legehennen gehalten – in 13 EU-Staaten haben sie weniger Platz. Ab Januar ist die Batteriehaltung auch dort verboten – auf dem Papier. Foto: Archiv

Lindemann (CDU) schlägt Alarm. „Es ist nicht hinnehmbar, dass sich einige Mitgliedstaaten nicht an die ab Januar 2012 geltenden gesetzlichen Bestimmungen halten werden und das zu einem Wettbewerbsnachteil für unsere Landwirte führt“, sagte Lindemann dieser Zeitung. Er führte aus: Auf Antrag Niedersachsens habe sich die Agrarministerkonferenz in Suhl klar positioniert. Dem Beschluss zufolge soll sich das Bundeslandwirtschaftsministerium auf EU-Ebene „mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die nicht zugelassene Käfighaltung in allen Mitgliedstaaten fristgerecht abgeschafft wird“. Andernfalls, so die Einigung,

sollten unverzüglich Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden. Auch dies sei gefordert worden: „Die Eier aus nicht zugelassenen Haltungssystemen dürfen nicht nach Deutschland verbracht werden“, betont Lindemann.

Scharfe Töne schlägt auch das Europäische Parlament an: Mayer hat mit 47 weiteren Abgeordneten diverser Fraktionen eine schriftliche Erklärung unterschrieben. Sie richtet sich an die EU-Kommission. Die Brüsseler Behörde wird darin aufgefordert, jene EU-Länder „konsequent zu bestrafen“, die die Richtlinie nicht fristgerecht umsetzen. Druck auf die Kommission sei schon vor einem Jahr ausgeübt worden – die habe aber nicht reagiert. Ihr Instrument ist eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). „Wir sagen: Es ist vernünftiger,

jetzt schon massiv einzugreifen, Druck aufzubauen“, sagt Mayer.

Ob die Kommission dem nachkommt und die am Pranger stehenden EU-Staaten sich beugen – diese Fragen bleiben noch offen. Der agrarpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp (CDU) aus Garthe, sagt: Wenn die Kommission nicht reagiere, sei dies „ein Stück aus dem Tollhaus“.

Für Lindemann steht fest: „In Niedersachsen legen wir Wert darauf, dass bei Eiern aus EU-Drittstaaten eindeutig zu erkennen sein muss, dass sie nach den geltenden Haltungsvorschriften erzeugt wurden.“ Dem stimmt auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Meyer zu. Er sieht die Landesregierung in der Pflicht, „Kontrollen durchführen zu lassen“ – nach jenen Eiern zu fahnden, die illegal sind.